



Sperrfrist: Sonntag, 1. Mai 2016, Redebeginn

Rosenberger:

„Arbeitszeit braucht Grenzen – zehn Stunden sind zwei zu viel“

Regensburg – 1. Mai 2016

„Das Arbeitszeitgesetz darf nicht aufgeweicht werden. Es ist flexibel genug – für die Arbeit im Gastgewerbe, aber auch in der Lebensmittelindustrie. Es schützt die Gesundheit der Menschen. Der Ruf nach noch flexibleren Modellen, nach Zehn- und Zwölf-Stundenschichten, geht an der Wirklichkeit vorbei.“ Michaela Rosenberger, Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG), hat die wiederholten Forderungen der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (Dehoga), das Arbeitszeitgesetz zu schleifen, auf der DGB-Maikundgebung „Zeit für mehr Solidarität“ am Sonntag in Regensburg strikt abgelehnt.

Rosenberger erinnerte daran, dass Zeitdruck und ständige Erreichbarkeit, permanente Überstunden und die Nichteinhaltung von Pausen die Menschen krank machten. Im Gastgewerbe sei die Arbeitssituation strukturell schon ungünstig: Früh-, Spät- und Nachtschichten, Wechseldienste sowie Wochenend- und Feiertagsarbeit seien sehr belastend. *„Jetzt will der Dehoga die Ausnahme zur Regel machen. Statt weitere Ausnahmen und die Ausweitung der Arbeitszeiten zu fordern, sollten die Arbeitgeber dafür sorgen, dass geltende Höchstarbeitsgrenzen eingehalten werden. Dann würden die Ausbildungsberufe im Gastgewerbe und im Lebensmittelhandwerk auch wieder attraktiv werden und blieben weniger Lehrstellen unbesetzt.“*

Als „*immense Herausforderung*“ bezeichnete es die NGG-Vorsitzende, wenn Hunderttausende Menschen aus ihrer Heimat vor Krieg flüchten und in der Bundesrepublik Schutz suchten: *„Integration, die gelingen soll, braucht entsprechende Angebote für Bildung und Erziehung, bezahlbare Wohnungen und Zugang zum Arbeitsmarkt.“* Dafür sei eine zügige Qualifizierung notwendig. Rosenberger mahnte die angekündigte Verstärkung der Finanzkontrolle Schwarzarbeit an, um Lohndumping zu verhindern und die Zahlung des gesetzlichen Mindestlohns auch für Flüchtlinge besser kontrollieren zu können.

„Die derzeitigen Debatten um unsere Zukunft tun uns gut“, erklärte die NGG-Vorsitzende und verdeutlichte, dass die AfD, die für die Abschaffung der Erbschaftsteuer eintrete, niedrigere Steuern für Reiche fordere, den Klimawandel leugne und die Arbeitslosenversicherung privatisieren wolle, keine Alternative für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sei.

Herausgeberin

Pressestelle der
Gewerkschaft Nahrung-
Genuss-Gaststätten

Verantwortlich

Dr. Karin Vladimirov

Adresse

Hauptstadtbüro
Luisenstraße 38
10117 Berlin

Telefon

(030) 28 88 49 693

Telefax

(030) 28 88 49 699

Kontakt

hv.presse@ngg.net

Internet

www.ngg.net